

# Sozialdemokratischer PresseDienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Keussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 36/39  
Telex: 08 86 846-48 ppbn d



## Inhalt

32. Jahrgang / 243

20. Dezember 1977

Bundesminister Karl Ravens unterstreicht die Bedeutung des Energiesparprogramms, dem auch Niedersachsen beitreten müsse.

Seite 1/2

Horst Ehnke MdB: Der Rüstungswettlauf droht die Entspannung in Gefahr zu bringen.

Seite 3/4

Olaf Schwencke MdB gratuliert Heinrich Böll zum 60. Geburtstag.

Seite 5

DGB-Gewerkschaften empfehlen 7,5 Prozent mehr Lohn für den öffentlichen Dienst.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer  
PresseDienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

Energieprogramm darf nicht torpediert werden

-----  
Auch Niedersachsen muß dem energiesparenden Förderprogramm beitreten

Von Karl Ravens MdB  
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Im Bauministerium haben gestern die Länderminister mit dem Bund über die Einzelheiten des Programms zur Förderung heizenergiesparender Investitionen beraten. Das Ergebnis: Zehn Länder und der Bund waren sich in allen Sachfragen des geplanten Programms, in der Einschätzung seiner Bedeutung und in seiner Zielsetzung völlig einig. Allein das Land Niedersachsen bildete mit einer strikten Ablehnung des Programms die Ausnahme. Die breite Übereinstimmung, die wir über das Programm erzielt haben, entspricht den Erwartungen, die Politik und Wirtschaft in dieses Programm setzen. Dem Programm kommt hohe Bedeutung sowohl im Hinblick auf die möglichen Einsparungen an Heizenergie wie im Hinblick auf seine konjunkturelle Wirkung zu. Unterstrichen wird diese Bedeutung noch durch die Langfristigkeit des Programms, das auf fünf Jahre angelegt ist. Das Programm schafft zusätzliche Arbeitsplätze im Ausbaugewerbe und bei den Herstellern heizenergiesparender Produkte. Beide Wirtschaftsbereiche versetzen wir mit diesem Programm in die Lage, neue Kapazitäten aufbauen zu können, weil es über viele Jahre wesentliche Aktivitäten in diesem Bereich sichert. Auch das Volumen des Programms mit mehr als vier Milliarden entspricht der hohen Priorität, die die Bundesregierung und die zehn Landesregierungen, die diesem Programm die Zustimmung gegeben haben, ihm einräumen.

Die noch offenen Einzelfragen konnten in der gestrigen Konferenz geklärt werden. So wurde Einvernehmen darüber erzielt, daß das Programm zunächst fünf Jahre lang laufen soll, dotiert 1978 mit 750 Millionen und in den vier folgenden Jahren jeweils mit 900 Millionen DM. Der ursprünglich auf 20 Prozent festgesetzte Fördersatz soll auf 25 Prozent

der förderungsfähigen Investitionskosten angehoben werden. Einigkeit bestand zwischen Bund und Ländern auch darüber, daß das Programm im Frühjahr des kommenden Jahres in das Modernisierungsgesetz eingebaut werden soll.

Soweit verlief die Konferenz erwartungsgemäß, gäbe es nicht die völlig abweichende Haltung der niedersächsischen Landesregierung. Hier wird das Programm generell mit dem Hinweis auf andere landespolitische Prioritäten abgelehnt. Diese Ablehnung, die in ihrer Konsequenz bedeuten kann, daß zehn Bundesländer, die dieses Programm wollen, von der ablehnenden Haltung Niedersachsens mit betroffen sind und leer ausgehen, stieß auf weitgehendes Unverständnis auch bei den Bundesländern, die nicht von den Koalitionsparteien regiert werden. Man wird sicher der niedersächsischen Landesregierung nicht vorschnell sachfremde Motive für ihre Entscheidung unterstellen können. Deshalb muß noch einmal der Versuch unternommen werden, hier Kompromißwege zu finden. Die Ministerkonferenz hat versucht, dem Land eine goldene Brücke zu bauen, die es ihm ermöglicht, dem Programm beizutreten, ohne von seiner bisherigen ablehnenden Haltung abrücken zu müssen. Die niedersächsische Landesregierung müßte einer Verwaltungsvereinbarung generell zustimmen können, die den Weg offen hält, wenn die Landesregierung dies so für richtig befindet, im Lande Niedersachsen andere finanzpolitische Entscheidungen zu fällen. Damit könnte Niedersachsen seine Zielsetzung in der Sache erreichen, ohne die Bereitschaft von zehn anderen Bundesländern, das Energieeinsparungsprogramm zu realisieren, zu torpedieren.

Dieses Programm darf nicht zum Anlaß politischer Kraftproben und erst recht nicht wahlkampfpolitisch eingefärbter Auseinandersetzungen werden. Dazu ist seine Zielsetzung zu wichtig, sind die Erwartungen der Bürger zu hoch. Deshalb müssen wir alle Möglichkeiten des Kompromisses nutzen. Allerdings: Die Zeit drängt. Die Länderminister sind mit dem Bund einig, daß die Entscheidung in den nächsten Tagen fallen muß. Wir wollen das Programm spätestens bis zum 20. Januar 1978 durch die Unterschrift der Länder in Kraft setzen. Länger kann es nicht aufgeschoben werden. Ein weiteres Aufschieben würde zu einer nicht mehr vertretbaren Verunsicherung der investitionswilligen Bürger, wie der Wirtschaft, die sich auf dieses Programm einrichtet, führen. Der Appell der gestrigen Ministerkonferenz war einmütig und eindeutig. Es ist zu hoffen, daß er in Niedersachsen nicht auf verschlossene Ohren treffen wird. (-/20.12.1977/ks/ja)

+ + +



beschworenen, aber bisher nicht ernstlich in Angriff genommenen Vertrag über die Einstellung aller Kernwaffen-Erprobungen zu verwirklichen.

- Schließlich müssen die Großmächte der Tatsache Rechnung tragen, daß sich rapide neuartige Waffensysteme entwickeln, die in einer politischen Grauzone angesiedelt sind und durch keine bestehende oder angestrebte Rüstungskontrollvereinbarung gedeckt werden.

Gerade die Großmächte sind hier mehr gefordert als andere Staaten, die auch nukleares Potential in einer so oder so verwertbaren Form besitzen. Weil sie im Besitz des mit Abstand größten Zerstörungspotentials sind, tragen sie eine Verantwortung, die weit über den Rahmen der eigenen politischen, wirtschaftlichen oder militärischen Einflusssphäre hinausreicht. Das bereits erwähnte Beispiel von SALT II belegt dies zur Genüge.

Parallel zu den Verhandlungen über ein zweites Abkommen zur Begrenzung der strategischen Waffen laufen in Wien die Verhandlungen über eine beiderseitige, ausgewogene Reduzierung von Truppen und Rüstungen in Europa. Hier sind die Staaten des alten Kontinents zwar auch nicht die Hauptakteure, wohl aber die in erster Linie Betroffenen. Deshalb ergeht auch hier die Aufforderung auch an die beiden Hauptbeteiligten USA und UdSSR,

- die Debatte über technische Einzelheiten nicht die politische Auseinandersetzung überwuchern zu lassen und
- durch politische Initiativen auch von Wien aus den Rüstungswetlauf zu begrenzen.

Wien könnte ein Beispiel werden dafür, wie anderswo auf der Welt zu verfahren wäre. Wenn es gelingen sollte, im europäischen Bereich, in dem sich die Allianzen in Ost und West unmittelbar gegenüberstehen, zu vernünftigen Abmachungen zu kommen, könnte das für andere Teile der Welt Signalwirkung haben. Schon deshalb begrüßen wir den Vorschlag der finnischen Sozialdemokraten, im nächsten Frühjahr in Helsinki eine Fachkonferenz über Fragen der Abrüstung einzuberufen, die auch der Vorbereitung auf die Generalversammlung der Vereinten Nationen über Abrüstung dienen soll. Unsere Freunde in Finnland sind aus ihrer spezifischen Situation heraus besonders kompetent, eine realitätsbezogene und sinnvolle Diskussion unter den Parteien des demokratischen Sozialismus vorzubereiten. Es wäre gut, wenn die Ergebnisse dieser Konferenz in der UdSSR und den USA genau analysiert würden. Das könnte der Entspannung neue Impulse verleihen.

(-/20.12.1977/ks/ja)

## Das politische Amt des Schriftstellers

Sozialdemokraten gratulieren Heinrich Böll zum 60. Geburtstag

Von Dr. Olaf Schwencke MdB

Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft

Kein deutscher Schriftsteller unserer Tage ist so hoch wie er geehrt worden - Nobelpreisträger 1972 -, und keiner stand zugleich permanent so sehr im Zentrum öffentlicher Kritik. Keiner hat wie Heinrich Böll nach dem totalen kulturellen Kahlschlag 1945 zum kulturpolitischen Renommee unserer jungen Republik in West und Ost so vieles beigetragen. Mehr als ganze zu diesem Zwecke gegründete Institute und sonst kaum jemand hat diesen Staat und seine Gesellschaft wie er in Schrift und Wort so fundamental der Kritik unterzogen, um, wie er kürzlich meinte, die Diskrepanz zwischen grundgesetzlich Zugesagtem und faktisch Zugestandenem bloßzulegen!

Wer sich in Dinge einmischt, die ihn - nach einem vor-demokratischen, einem stupiden Politikerverständnis - eigentlich nichts angehen, setzt sich selbst der Kritik aus: Böll weiß das nicht nur, sondern er beabsichtigt es auch. Gründlicher und "radikaler" geschieht das im eigentlichen Metier des Schriftstellers: in seinen Erzählungen, Romanen und Hörspielen: vom ersten Buch "Der Zug war pünktlich" (1949) bis hin zur "Verlorenen Ehre der Katharina Blum" (1974) - womit er die mächtige politisch-publizistische Unmoral wie keine wissenschaftliche "Bild"-Analyse zuvor offenlegte. Wer könnte ihm das vergessen!

Böll ist geistig und materiell unabhängig genug, um von allen Diffamierungen ernsthaft getroffen zu werden; kennt er doch ihre Ursachen. Daher weiß er besser als andere um ihre fatale Wirkung bei denen, die keine ihm vergleichbare Unabhängigkeit besitzen: andere Kollegen, Redakteure, Lehrer, Studenten etc. Die Diffamierungskampagnen, die namentlich ihn nennen, aber andere eigentlich meinen, verschmutzen das geistige Klima in diesem Lande und verursachen insbesondere unter jüngeren Mitbürgern unermeßlichen politischen Schaden. Böll läßt sich nicht verunsichern: Der beste Schutz unserer Demokratie ist die lebendige Demokratie!

Böll hat in uns Sozialdemokraten, denen er (neben Willy Brandt) die wichtigste Parteitage-rede in Dortmund 1972 hielt und zwei Jahre später (zusammen mit Günter Grass und Thaddäus Troll) in der Fraktion Rede und Antwort stand, im Kampf gegen die eigentlichen Feinde unserer Demokratie seine natürlichen Verbündeten.

Heinrich Böll ist mit seinen 60 Jahren kein hehres literarisches Denkmal, sondern wird als unbequemer, kämpferischer politischer Zeitgenosse sich weiterhin einmischen: eine moralische Instanz, auf die Politik, jedenfalls eine am Menschen wohlorientierte, nicht verzichten kann. In seinem Schreiben und Reden nimmt er ein besondere politisches Amt wahr, das unserer Republik wahrlich zu Ehren gereicht. Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion gratuliert ihrem kritischen Sympathisanten Heinrich Böll zu seinem 60. Geburtstag.

(-/20.12.1977/bgy/10)

## Tarifpoker '78 eröffnet

-----  
In der Praxis ist vieles anders als in der Theorie

Die klare Absage an die Kaufkrafttheorie, die zum Schema vor allem wissenschaftlicher Prognosen über den Konjunkturverlauf des nächsten Jahres gehörte, mußte zu einer Reaktion führen. Aber Heinz Kluncker und jene DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, die nun wohl mit seiner ÖTV zusammen eine eindrucksvolle Phalanx bilden wollen, können notfalls auch Argumente anführen, die die Stichhaltigkeit der Kaufkrafttheorie belegen.

Dennoch ist die Bekanntgabe des Diskussionsvorschlages über die Lohnforderung für die 78er Tarifrunde ungleich mehr als der Kontrapunkt zum Rat der fünf Weisen etwa. Solange sich Wissenschaftler am grünen Tisch in die Haare geraten, braucht das niemanden zu beunruhigen. Aber Tarifpolitik ist Realität, anders als Deduktionen national-ökonomischer Rechenmodelle: In der Praxis ist eben doch vieles anders als in der Theorie.

Aber gerade deshalb werden sich auch die Praktiker mit dem auseinanderzusetzen haben, was die Gewerkschaften in die Tarifrunde für die Staatsdiener eingebracht haben. Praktiker sind in diesem Fall die Politiker, die einmal der konjunkturnotwendigen Kaufkraftentwicklung Rechnung zu tragen haben, die andererseits aber auch die Staatsfinanzen als keineswegs beliebig manipulierbare Größe im Auge behalten müssen.

Würde allerdings nur das von gebremst wachsenden Steuereinnahmen und rapid ansteigender Verschuldung geprägte Portemonnaie der öffentlichen Arbeitgeber als Orientierungsmarke akzeptiert, könnte man zur Tagesordnung übergehen: Die gewerkschaftliche Diskussionsidee wäre gleich indiskutabel, die Erfüllung der Forderung würde nicht nur zuviel Kosten verursachen, sondern auch - mangelhafte wissenschaftliche Präzision - keine Wachstums- und Beschäftigungsgarantie beinhalten können.

Die Wissenschaft kann also mit kaum mehr als mit durchaus gegensätzlichen Modellen dienen: Die Politiker und die Gewerkschaften müssen - wie immer - allein zurechtkommen. Der Anspruch auf Ideallösungen überfordert nicht nur die realen Möglichkeiten, er ist auch illusionär. Diese bittere Erkenntnis muß sich nicht zur Resignation auswachsen, läßt aber die Verantwortung ahnen, der sich Beteiligte und Betroffene stellen müssen.

Theodor Tremmes

(-/20.12.1977/ks/ja)